

# Alain Bersets kleine Schritte zur Staatsmedizin

Wie der SP-Gesundheitsminister nach dem Nein zur Einheitskasse den Staat trotzdem ausbaut

Von Dominik Feusi, Bern

Offiziell musste Bundesrat Alain Berset gegen die Einheitskasse sein. Niemand in Bern zweifelte jedoch daran, dass die Verstaatlichung des Gesundheitswesens dem sozialdemokratischen Gesundheitsminister eigentlich noch passen würde. Im Bundesrat hatte er zuvor noch einen Gegenvorschlag durchgebracht, der eine teilweise Einheitskasse für teure Fälle vorsah. Erst die Kritik in der Vernehmlassung und mehrere Motionen in National- und Ständerat stoppten die Idee. In einem Aufsichtsgesetz über die Versicherer baute er gleichzeitig die Kompetenzen seines Bundesamtes aus. Dabei half ihm die politische Mitte, insbesondere seine ehemaligen Kollegen im Ständerat.

Nach dem Geplänkel musste der Gesundheitsminister die bundesrätliche Ablehnung der Einheitskasse vertreten. Er tat es pflichtbewusst, aber auffällig zurückhaltend. Vor drei Monaten lehnten schliesslich fast zwei Drittel der Stimmbürger die Einheitskasse klar ab. Nicht einmal die staatsgläubigere Romandie stimmte vollständig zu.

## Bersets Plan B

Doch der gewiefte Taktiker Alain Berset hatte mehr als einen Trumpf im Ärmel. Wenn der grosse staatliche Eingriff mit der SP-Volksinitiative nicht gelingt, braucht es viele kleine Schritte hin zur Staatsmedizin. Hauptsache die Richtung stimmt.

Für diese Richtung gibt es ein Grundlagenpapier. Berset spielt mit offenem Visier. Vor zwei Jahren verabschiedete der Bundesrat das Strategiepapier «Gesundheit 2020». Es enthält 36 Massnahmen für mehr Staat und weniger Markt. Dass auch kranke Menschen eine Verantwortung für die Kosten haben, die sie zulasten der Gesunden verursachen, kommt darin nicht vor. Es brauche mehr «Transparenz und Steuerbarkeit» und es ist klar, dass diese nicht durch den Markt, sondern nur durch den Staat hergestellt werden können und sollen.

Der Bundesrat hat das Papier im Januar 2013 durchgewinkt. Strategiepapiere sind keine Gesetzesvorlagen. Aber Strategiepapiere sind ein erster

Schritt dazu. Mit «Gesundheit 2020» hat Alain Berset den Blankocheck für seine ideologische Stossrichtung erhalten. Seither produziert das Bundesamt für Gesundheit (BAG) im Monatsrhythmus grössere oder kleinere Vorschläge, um den Einfluss des Staates auszubauen. Dass im Parlament Vorstösse hängig sind, die in die andere Richtung weisen, scheint im Innendepartement niemanden zu interessieren.

## Franchisen verbieten

An einer nationalen Konferenz zur Strategie im September 2013 sollten mehr als dreihundert Akteure auf die Strategie eingeschworen werden. Zahlreiche Vertreter verliessen jedoch die Konferenz vorzeitig, denn Kritik an der Strategie war im Ablauf ebenso wenig vorgesehen wie die Teilnahme der Öffentlichkeit. Ende Januar findet die zweite Ausgabe statt. Dort geht es um die «integrierte Versorgung», ein von der ersten Konferenz als wichtig eingestuftes Thema, aber auch eines, das höchst umstritten ist. Im Sommer 2012 hatten die Stimmbürger eine entsprechende Vorlage bachab geschickt.

Als Berset nach der Ablehnung der Einheitskasse gefragt wurde, was er in diesem Bereich vorhabe, reagierte er gereizt und inhaltlich bedeckt. In einer Umfrage zur Konferenz liess er die Teilnehmer fragen, welche Rolle die Kantone dabei spielen sollen. Die Suggestivfrage zeigt: Auch hier setzt er auf den Staat.

In die gleiche Stossrichtung gehen die von der NZZ am Sonntag veröffentlichten Überlegungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), die «Anpassung der Franchisestufen» zu prüfen. Es gibt die Vermutung, dass die Prämien mit den höchsten Franchisen von den normalen Versicherten querfinanziert werden. Darum wurde der maximale Rabatt schon einmal gesenkt. Und es gibt die Vermutung, dass Versicherte mit einer hohen Franchise auf den Arztbesuch verzichten, weil sie die Kosten fürchten. Das konnte bis anhin nicht bewiesen werden.

Bundesrat Berset hat zudem argumentiert, es gebe wegen der zahlreichen Franchisen und Prämienregionen zu viele Versicherungsprämien, nämlich fast 300 000. In der Praxis ist das jedoch



**Gewiefter Taktiker.** Gesundheitsminister Alain Berset arbeitet weiter daran, den Einfluss des Staates im Gesundheitswesen auszubauen. Foto Keystone

ein Scheinproblem, weil niemand 300 000 Prämien vergleichen muss.

Gemäss Faktenblatt des BAG zum Thema ist noch nichts entschieden. Die Darstellung der Ausgangslage zeigt jedoch auf, dass es um eine ideologische Stossrichtung geht. Das BAG vermutet nämlich, dass mit den Franchisen die «Solidarität geschwächt werde». Dass Versicherte mit einer höheren Franchise auch mehr Verantwortung

für ihre Gesundheit tragen und Kosten sparen, bleibt unerwähnt. So argumentiert, wer mit Eigenverantwortung ein grundsätzliches Problem hat. Paul Rhy vom Kassenverband Santésuisse sagt: «Die Streichung der hohen Franchisen bestraft jene, die kostenbewusst zum Arzt gehen.» Das Vorhaben sei ein «ideologisches Projekt». Ein weiterer kleiner Schritt hin zur Vergesellschaftung des Gesundheitswesens.

## SGB will KVG reformieren

Gesundheit macht arm

Von Kurt Tschan

**Bern.** Die Krankenkassenprämien in der Schweiz haben sich seit dem Jahr 1997 teuerungsbedingt fast verdoppelt. Während sie heute um 94 Prozent höher liegen, haben im selben Zeitraum die Löhne nur um zehn Prozent zugenommen. «Kein Wunder, leiden immer mehr Normalverdienende unter der Prämienlast», sagte gestern der Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Daniel Lampart, bei der Präsentation einer Analyse der durchschnittlichen Prämienlast in der Schweiz.

Seiner Ansicht nach ist die Finanzierung der Schweizer Krankenversicherung über Kopfprämien «ausgesprochen unsozial» geworden. Millionäre zahlten genau gleich viel Prämien wie eine Zugbegleiterin oder ein Verkäufer.

## Prämien nach Einkommen

Lampart ist davon überzeugt, dass die Prämienverbilligung hinter dem sehr starken Prämienwachstum hinterherhinkt. Diese sei nämlich seit 1997 nur um 36 Prozent erhöht worden. Einige Kantone wie Bern oder Freiburg hätten ihre Verbilligungsbudgets im Rahmen von Sparmassnahmen sogar gesenkt. «Das Versprechen aus der KVG-Revision, diese Mehrbelastung durch zusätzliche Prämienverbilligungen zu stoppen, wurde nicht eingelöst», sagte Lampart.

Gemäss einer SGB-Analyse leiden die Haushalte mit Einkommen unmittelbar oberhalb der Anspruchsgrenze für Sozialhilfe sowie Ergänzungsleistungen am stärksten unter der Prämienlast. Sie müssten mehr Geld für die Krankenkassenprämien als für Nahrungsmittel und Steuern ausgeben. Aber auch mittlere Einkommen seien stark belastet. Für SGB-Präsident Paul Rechsteiner ist deshalb klar, dass längerfristig einkommensabhängige Krankenkassenprämien anzustreben sind, wie er gestern sagte.

## Nachweis fehlt

Zuger Sex-Affäre: Offenbar keine K.-o.-Tropfen

**Zug.** In den Proben der Zuger Kantonsrätin Jolanda Spiess-Hegglin sind keine K.-o.-Tropfen nachgewiesen worden. Die Zuger Staatsanwaltschaft teilte gestern mit, dass Blut und Urin der 34-Jährigen frei von jeglichen Substanzen gewesen seien. Das bedeutet allerdings nicht, dass mit absoluter Sicherheit keine solchen Tropfen im Spiel waren. Wie Polizeisprecher Marcel Schlatter sagte, ist Gamma-Hydroxy-Buttersäure, die sich in Knock-out-Tropfen befindet, acht Stunden nachweisbar. Im Falle von Jolanda Spiess-Hegglin vergingen zwischen dem mutmasslichen Vorfall und der Probe-Entnahme im Spital allerdings rund 20 Stunden. Spiess-Hegglin hat damit gerechnet, dass die Untersuchung keinen Nachweis von K.-o.-Tropfen oder anderen Substanzen bringen wird.

«Wir haben grundsätzlich immer noch keine Ahnung, was sich in dieser Nacht zugetragen hat», sagte Schlatter weiter. Dies werde nun in den kommenden Wochen abgeklärt. Die Politikerin der Alternativen-Grünen-Fraktion beschuldigt den Zuger SVP-Kantonsrat und kantonalen Parteipräsidenten Markus Hürlimann (40), sie missbraucht zu haben. Der Vorfall soll nach der Feier für den neuen Landammann Heinz Tännler (SVP) in der Nacht auf den 21. Dezember 2014 passiert sein. Dort war sie zuletzt zusammen mit Hürlimann gesehen worden. Die Politikerin wachte am Morgen danach mit Unterleibsschmerzen auf, hatte aber keinen Kater. Weil sie sich an nichts mehr erinnern konnte, ging Spiess-Hegglin ins Spital. Die Ärzte informierten schliesslich die Polizei.

K.-o.-Tropfen oder Knock-out-Tropfen werden benutzt, um Opfer zu betäuben und damit wehrlos zu machen. SDA

Der Hauptträger der Energiewende droht zermalmt zu werden

## Wasserkraft: Die ganze Wahrheit, bitte

Von Markus Lehmann

Die Schweiz will im Energiebereich die Wende schaffen: keinen Atomstrom mehr, möglichst viel erneuerbare Energie und möglichst wenig Erdöl und -gas. Das Parlament hat in dieser Wintersession einen ersten Schritt gemacht und den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen, die Subventionen für Sonnen- und Windstrom erhöht und die Effizienzvorschriften verschärft.

Beim Hauptträger der Energiewende, der einheimischen Wasserkraft, wurden keine Entschiede gefällt, welche die wichtigste Versorgungssäule der Schweiz aus der gefährlichen CO<sub>2</sub>-Falle hieven könnte. Die einheimische Wasserkraft droht nämlich zwischen subventioniertem Wind- und billigem Kohlestrom aus dem Ausland zermalmt zu werden.

## Preisschere öffnet sich weiter

Wichtig scheint mir, dass bei der künftigen Diskussion um die Energiewende der Fokus vermehrt auf die Wasserkraft gelegt wird. Sie soll künftig über gleich lange Spiesse wie der Kohlestrom oder die Sonnen- und Windenergie verfügen. Heute rechnet sich der Schweizer Wasserstrom nicht mehr. Am besten wären kostengerechte Preise für die klimaschädlichen fossilen Energien in ganz Europa. Leider können wir nicht darauf hoffen, dass uns Europa hilft. Die Schweiz muss sich am eigenen Schopf aus dem «Energie»-Sumpf ziehen.

Kürzlich hat der Bundesrat die Liberalisierung des Strommarktes für Kleinkunden angekündigt. Das wird

mit grosser Sicherheit dazu führen, dass sich die Preisschere zwischen dem sauberen Wasserstrom und dem schmutzigen fossilen Energieträger weiter öffnet. Viele Kunden werden zu billigeren Anbietern wechseln.

Kürzlich hat der CEO der Migros, Herbert Bolliger, erklärt, es sei ihm egal, woher der Strom komme, sein Unternehmen wähle das günstigste Angebot, damit er weiterhin die Preise für die Kunden tief halten kann. So denken und argumentieren viele Unternehmer und erst recht sehr viele Liegenschaftsbesitzer.

Das heisst, dass die einheimische Wasserkraft noch stärker unter die Räder kommt. Das wäre eine Energiewende zum Schlechten. Die Wende muss in die andere Richtung laufen: Es muss wieder attraktiv werden, Wasserkraftwerke zu betreiben und laufend zu modernisieren. Nur so kann der unregelmässig anfallende Wind- und Sonnenstrom ausgeglichen werden.

## Es muss wieder attraktiv werden, Wasserkraftwerke zu betreiben.

Bevor ich diesem riskanten Kraftakt zustimmen kann, will ich klare Entscheidungsgrundlagen. Die Einschätzung der künftigen Perspektiven von Wasserkraftwerken in der Schweiz ist für die Politik und die Betreiber indessen eine wesentliche Grundlage für die Beurteilung der anstehenden politischen Weichenstellungen. Die Energiestrategie 2050

und die vollständige Marktöffnung erfordern eine Gesamtbetrachtung der wirtschaftlichen Folgen für die einheimische Wasserkraft.

Die vorhandenen Studien reichen nicht aus, um die wirtschaftlichen Folgen der anstehenden Weichenstellungen abschätzen zu können. Darum habe ich eine Interpellation dazu eingereicht in Bundesbern.

## Ein vollständiges Bild

Der Bundesrat muss im Laufe der kommenden Monate die nötigen Zahlen und Fakten nachliefern, damit sich Politik, Kantone, Verbände, Wirtschaft und Öffentlichkeit ein realistisches und vollständiges Bild über die Zukunftsperspektiven der Wasserkraft in der Schweiz machen können. Gleichzeitig muss sich die Politik Gedanken darüber machen, wie die absehbare Akzentuierung der schwierigen Rahmenbedingungen für den bestehenden schweizerischen Wasserkraftpark entschärft werden kann.

Die Energiewende kann nur eine Erfolgsstory werden, wenn sie im Gesamtkontext und in Kenntnis aller Fakten aufgegleist wird. Die Marktöffnung wird zu einer Strukturvereinbarung führen, der keinesfalls die Wasserkraft zum Opfer fallen darf.

Sonst gibt es keine Energiewende, die Schweiz verliert einen wichtigen, sauberen Rohstoff und wird nach dem Abschalten der AKW an schmutzigen ausländischen Kohlekraftwerken hängen. Eigenständigkeit und wirtschaftliche Prosperität sehen anders aus.

Markus Lehmann (59) ist Mitglied der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) und Nationalrat des Kantons Basel-Stadt.

## Nachrichten

### Alt Ständerätin Helen Leumann gestorben

**Meggen.** Die ehemalige Luzerner FDP-Ständerätin Helen Leumann ist tot. Sie verstarb am 31. Dezember im Alter von 71 Jahren, wie gestern auf der Internetseite des Parlaments vermeldet wurde. Leumann gehörte von 1995 bis 2011 dem Ständerat an. Dort nahm sie unter anderem Einsitz in die Geschäftsprüfungskommission, die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur. Sie trat krankheitsbedingt im Frühjahr 2011 zurück. SDA

### AKW Mühleberg 2014 mit Produktionsrekord

**Bern.** Das Kernkraftwerk Mühleberg hat im vergangenen Jahr so viel Strom produziert wie noch nie in seiner über 40-jährigen Geschichte. Die Anlage des bernischen Unternehmens BKW erzeugte 2014 insgesamt 3155 Millionen Kilowattstunden elektrische Energie, wie aus einer Mitteilung vom Montag hervorgeht. 3155 Millionen Kilowattstunden sind 38 Millionen Rekordjahr 2012. SDA

### Whistleblowing-Datenbank muss gemeldet werden

**Bern.** Die Eidgenössische Finanzkontrolle muss Daten anmelden, die sie aufgrund von Meldungen zu Missständen und illegalem Verhalten innerhalb der Bundesverwaltung (dem sogenannten Whistleblowing) sammelt. Das Bundesverwaltungsgericht hat eine Beschwerde des Eidgenössischen Datenschützers gutgeheissen (Urteil A-788/2014 vom 16.12.2014). SDA